

Fraktionserklärung

21. Januar 2015

Gegen die Torpedierung des Service public

Seit 2012 wird hinter verschlossenen Türen der WTO-Räume in Genf unter aktiver Mitarbeit der Schweiz ein neues Freihandelsabkommen über Dienstleistung verhandelt, das TiSA (Trade in Services Agreement). Die Verhandlungen laufen ausserhalb jeglicher demokratischer Strukturen und in völliger Geheimhaltung.

Die Staatengruppe, die das TiSA vorantreibt, nennt sich selber „The Really Good Friends of Services“ – die Verhandlungsführer sind allerdings alles andere als Freunde der öffentlichen Dienstleistung. Alle Dienstleistungen, insbesondere des Service public sollen dem globalen Markt geöffnet werden: Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr usw. Mit diesen separaten Verhandlungen werden vor allem die Länder des Südens ausgetrickst. Das TISA-Abkommen wird nach dem Geschmack der reichen Industrieländer gebaut und alle andern Ländern werden faktisch gezwungen, die Regeln zu übernehmen.

Ausgesprochen störend ist, dass diese Verträge unkündbar und noch fünf Jahre nach Abschluss oder Scheitern der Verhandlungen die Resultate geheim bleiben sollen. Die Bevölkerung wird also selbst bei einem Beitritt der Schweiz zu TiSA nicht wissen, was genau entschieden wurde. Zusätzlich zu diesem undemokratischen Vorgehen verhandelt der Bundesrat ohne korrektes Mandat: Er verhandelt TiSA im Rahmen des mehr als zehnjährigen DOHA-Mandates, obwohl TiSA ausserhalb der WTO und nach neuen Spielregeln funktioniert.

Gemäss TISA muss anfänglich jeder Vertragsstaat eine Liste der Dienstleistungen erstellen, die von der Marköffnung ausgenommen sind. Für alles, was auf der Liste fehlt, gilt zwingend die Marköffnung. Damit werden auch künftige Leistungen automatisch privatisiert. Auch alle künftigen Dienstleistungsarten, die wir heute noch nicht kennen und die deshalb auf der Negativ-Liste fehlen, wären zwingend dem globalen Markt unterstellt. Darunter fallen auch kommunale Strukturen. Demokratische Entscheidungsprozesse werden übergangen.

Seit einem Jahr beginnen sich in der Schweiz und weltweit die Proteste gegen TiSA zu formieren. So hat etwa der VPOD die Petition ‘Stop-TiSA’ lanciert. Denn es braucht jetzt ein starkes Zeichen der Gesellschaft und der Politik, das dieses undemokratische Vorgehen stoppt. Erinnern wir uns: vor zehn Jahren hat der weltweite Protest – auch aus dem Zürcher Gemeinderat – zur Blockade der GATS Verhandlungen geführt.

Die Grüne Fraktion hat deshalb heute eine Motion eingereicht, die eine TiSA-freie Zone für die Stadt Zürich fordert. Ausserdem wird der Stadtrat per Postulat gebeten abzuklären, inwiefern gegen den Bundesrat Klage erhoben werden kann und er die Bevölkerung informieren muss. Wir appellieren an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vorstösse zu unterstützen. TiSA torpediert die Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Setzen wir ein Zeichen für einen starken Service public und eine offene, faire Demokratie mit einer „TiSA-freien Zone Stadt Zürich“.

Rückfragen:

Katharina Prelicz-Huber, 076 / 391 79 15